

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 44 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 31. Oktober 1931

An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften!

Kolleginnen und Kollegen!

Der außerordentliche Ernst der gegenwärtigen Situation in Staat und Wirtschaft erfordert Klarheit, Besonnenheit und zielbewusstes Handeln. Große Teile des deutschen Volkes, vor allem aber die Arbeiterchaft, leiden harte Not. Die Not steigert sich bei vielen bis zum bittersten Elend. Nach und nach hat die Wirtschaftskrise auch andere Länder erfasst. Die Weltwirtschaft ist insanken geraten. Trotz der ernstesten Schwierigkeiten und der großen Not ist die Lage aber keinesfalls hoffnungslos. Wir dürfen nicht mutlos werden. Im Gegenteil: es müssen alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden, um nach und nach wieder zu gesünderen Verhältnissen zu kommen. Zwar kann sich kein Land allein aus eigener Kraft der internationalen Wirtschaftskrise entwinden, aber jedes Land, vor allem auch Deutschland, das am stärksten unter der Krise leidet, muß das Seine tun, um der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Die Wirtschaftskrise kann aber nicht mit radikalen Programmen, mit unfruchtbarer Radikalismus oder mit einer gegen die Arbeiterchaft gerichteten unsozialen Politik gemildert oder gar beseitigt werden. Immer stärker und unverhüllter tritt die soziale Reaktion, die die Gewerkschaften und die gesetzliche Sozialpolitik für die Krise verantwortlich macht, hervor. Sie verwirrt die öffentliche Meinung und sucht die Macht an sich zu reißen. Der Sturz der gegenwärtigen und die Bildung einer anderen, ihren Plänen geneigten Regierung ist ihr Ziel. Sie will eine grundsätzliche Kursänderung, die vor allem in der Beseitigung der von den Gewerkschaften errungenen Rechte und Freiheiten der Arbeiterchaft, sowie der sozialen Gesehe bestehen soll. Das ist wiederholt öffentlich — zuletzt noch bei den Kämpfen im Reichstage — ausgesprochen worden.

Der Ansturm der Reaktion wurde im Reichstag abgeblasen!

Damit ist die Gefahr aber nicht beseitigt. Das Ziel, die Regierung zu stürzen und eine gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtete Herrschaft auszuüben, besteht nach wie vor. Die Not des Volkes und die bestehende Unzufriedenheit wird benutzt, um die Verwirrung zu steigern und die parteipolitischen Leidenschaften zu entfesseln. Alle anders lautenden Reden und Betuerungen können über die wahren Absichten der Reaktion nicht hinwegtäuschen.

Beseitigung der Arbeitslosenversicherung, der Unabdingbarkeit der Tarifverträge und der verbindlichen Erklärung von Schiedssprüchen, weitere Herabsetzung der Löhne und der Leistungen der verschiedenen Zweige

der Sozialversicherung ist das von ihr mit Nachdruck verfolgte Ziel!

Unter dem Vorwand, den „Marxismus“ und das „heutige System“ zu bekämpfen und zu beseitigen, soll die einseitige Herrschaft der wirtschaftlich Stärkeren über die Schwächeren ausgerichtet werden. Die Verwirklichung dieser Pläne würde nicht nur eine weitere Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterchaft bedeuten, sondern auch die Ordnung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gefährden.

Den Plänen und Zielen der sozialen Reaktion gilt der Kampf der Gewerkschaften. Dieser Kampf geht weiter. Hierbei fällt der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung eine besondere Aufgabe zu.

Kolleginnen und Kollegen!

Die christlichen Gewerkschaften lehnen alle jetzt bestehenden Tendenzen und jeden unfruchtbareren Radikalismus entschieden ab. Sie leisten positive Arbeit für die Gesundheit in Staat und Wirtschaft. Ihr Kampf gilt der Verwirklichung des sozialen Rechtes, der Gleichberechtigung des arbeitenden Volkes und der Abwehr aller unsozialen und volksfeindlichen Pläne. Sie wollen eine gerechte Verteilung der unvermeidlichen Opfer und Lasten, eine gesunde Wirtschaft, einen starken Volksstaat und ein freies Deutschland!

Die christlichen Gewerkschaften streben unbeirrt und verantwortungsbewußt diesem Ziele zu. Sie bedürfen dazu aber der stärksten persönlichen Mitarbeit aller Mitglieder. Richtet deshalb den Blick fest in die Zukunft, regt alle Kräfte, damit unsere Bewegung weiter erstarkt, Gewinn neue Anhänger für sie. Seid einig. Nie war die Besinnung auf die eigene Kraft notwendiger als gegenwärtig. Achtet auf die gewerkschaftsfeindlichen Gruppen. Es ist nicht wahr, wenn heherisch oder gedankenlos gesagt wird, die Arbeiterchaft hat nichts mehr zu verlieren. Sie hat noch manches zu verlieren, aber es muß auch noch vieles erobert und neugestaltet werden.

Erwartet jedoch im Kampfe um die Rechte der Arbeiterchaft nicht alles von der Hilfe des Staates. Die organisierte gewerkschaftliche Selbsthilfe hat sich seit Jahrzehnten als die zuverlässigste Hilfe erwiesen. Sie ist auch der beste Schutzwall gegen alle verderblichen und volkschädigenden Pläne. Deshalb muß die Losung lauten:

Die Front geschlossen gegen die soziale Reaktion! Gegen die Feinde der Arbeiterchaft und der Gewerkschaften! Holt den letzten Arbeiter als Mitkämpfer heran. Es geht ums Ganze!

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Gerechtigkeit für die Bauarbeiterschaft

Wir haben uns bei der Besprechung der dritten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober mit Absicht einer eingehenden Kritik nach der wirtschaftlichen wie der sozialen Seite enthalten. Die nachstehenden Darlegungen, die unser Verband in Form einer Denkschrift dem Reichskanzler, dem Reichsarbeitsminister, dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsminister zugeleitet hat, stellt in ihren positiven Forderungen zugleich die Kritik an einer Reihe von Maßnahmen wie Unterlassungen der Reichsregierung dar. Wir erwarten, daß sie beim Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Beachtung finden. Auch der neuerborene Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung kann an einer Prüfung der bauwirtschaftlichen Fragen nicht vorbeigehen.

Die Bautätigkeit geht seit zwei Jahren ständig zurück. Das Baugewerbe, das früher in Krisenzeiten einen gewissen Ausgleich schuf und regelmäßig den Auftrieb zu neuer Konjunktur gab, ist im diesmaligen Krisenverlauf der am tiefsten stehende Gewerbebezweig. So wird

die Krise noch von einem entscheidenden Punkt aus verschlimmert und der Neuaufstieg außerordentlich hart verzögert. Ursache dieses anormalen Vorganges ist die außerordentliche Kapitalknappheit. Die in Krisenzeiten regelmäßig erfolgte Aufstauung beschäftigungslosen Kapitals ist diesmal nicht eingetreten. Kapitalentzüge des Auslandes und Kapitalflucht haben die freiwerdenden Mittel aufgesogen. In dieser Lage ist es notwendig, das vorhandene Kapital dahin zu lenken, wo es volkswirtschaftlich am zweckmäßigsten angelegt ist, d. h. zum Baugewerbe.

Bedauerlicherweise laufen die Maßnahmen der Regierung den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entgegen. Schon der Entzug von Hauszinssteuermitteln durch die Notverordnung vom Dezember 1930 hat sich außerordentlich schädigend geltend gemacht. Die Bautätigkeit ist 1931 auf ein Minimum gesunken. Trotzdem hat die Reichsregierung in der letzten Notverordnung noch weitere einschränkende Maßnahmen

getroffen. Die Hauszinssteuer wird um 20 Prozent gesenkt. Von dem dann verbleibenden Gesamtaufkommen sollen in den Rechnungsjahren 1932—1935 zu Zwecken der Umschulung 12 Prozent den Gemeinden zufallen. Weiter werden die Landesregierungen ermächtigt, zur Deckung ihres Finanzbedarfs auf den Teil der Hauszinssteuermittel, der für das Rechnungsjahr 1931 noch zum Wohnungsbau zur Verfügung steht, zurückzugreifen.

Die Folge dieser Maßnahmen wird ein völliges Erliegen der städtischen Bautätigkeit sein, zumal auch der öffentliche Bau durch das Verbot von Verwaltungsbauten bis 1934 stark gedrosselt ist. Dabei bedarf es doch keiner Frage, daß, selbst wenn man annimmt, daß eine weitere Zuwanderung zu den Städten nicht mehr erfolgt, sich noch dringend notwendige Aufgaben für den städtischen Wohnungsbau bieten. Die Regierung wird zweifellos unsere Auffassung teilen, daß die Entvölkerung der Elendsquartiere unserer Städte und der Bau gesunder Wohnungen in gelodeter Bauweise eine unabwiesbare Notwendigkeit ist. Ebenso wichtig wie die Schaffung neuer Wohnungen ist weiter die Instandhaltung der vorhandenen Altwohnungen. Bei der Berechnung der Altwohnmiete ist ein Betrag von 17 Prozent bei Reparaturen vorzusehen. Nur in wenigen Fällen wird dieser Betrag bestimmungsgemäß verwandt, obgleich zweifellos die Möglichkeit besteht, wie die (wenn auch wenigen) Beispiele zeigen, in denen von den Hausbesitzern umfangreiche Reparaturarbeiten durchgeführt worden sind. Bei aller Anerkennung für die Notwendigkeit der ländlichen Siedlung wie auch der vorstädtischen Rand siedlung dürfen die Aufgaben, die für das städtische Wohnungs- und Siedlungswesen bestehen, nicht in gefährlicher Weise zurückgestellt werden.

Im übrigen begrüßen wir den Grundgedanken des ländlichen Siedlungsprogramms der Reichsregierung. Der augenblickliche Umsiedlungsprozeß macht es notwendig, den Bevölkerungsüberschuß auf dem Lande durch planmäßige Siedlung festzuhalten. In der vorstädtischen Rand siedlung kann eine begrüßenswerte Milderung des ausschließlichlichen Lohnarbeiter- und Arbeitslosenstatus erblickt werden. Wir warnen jedoch vor überstürzten und den notwendigen Anforderungen nicht gerecht werdenden Maßnahmen. Abgesehen davon, daß die Belastung des Siedlers aus Existenz- und Rentabilitätsgründen niedrig gehalten werden muß, ist dafür Sorge zu tragen, daß die Siedlungsbauten den technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechen. Diese Voraussetzungen treffen offenbar nicht zu für die vielgenannten Holz siedlungshäuser. Von Fachleuten wird zunächst ernsthaft bestritten, daß Holzhäuser billiger seien als andere übliche Konstruktionen. Zweifello ist aber der Ziegel- und Plattenbau dauerhafter und daher auf lange Sicht auch wirtschaftlicher als der primitive, nicht nach den Regeln der Baukunst hergestellte Holzbau. Der Holzbau genannter Art bedeutet eine Verschwendung von volkswirtschaftlichem Vermögen, darüber hinaus auch einen bedauerlichen, durch die augenblickliche Notlage keineswegs gerechtfertigten Rückschritt in der Wohnkultur. Gute Erfahrungen sind demgegenüber in den letzten Jahren mit dem sogenannten Staffelsbautyp gemacht worden, der den Vorteil bietet, daß mit geringen Mitteln im Augenblick verhältnismäßig viele und billige, technisch einwandfreie Siedlungshäuser hergestellt werden können, die bei wachsenden Wohnbedürfnissen später die Möglichkeit der Erweiterung bieten.

Von dem Varniederliegen des Wirtschaftslebens sind am härtesten die Bauarbeiter betroffen. Bereits im Jahre 1930 waren im Jahresdurchschnitt 55 % der Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands arbeitslos. Im laufenden Jahr dürfte sich die Arbeitslosenziffer auf mindestens 75 Proz. erhöhen. Naturgemäß ist mit dem Sinken der Beschäftigung auch das Einkommen der Bauarbeiter ganz erheblich zurückgegangen. Nach einer Erhebung unseres Verbandes betrug das Einkommen aus baugeverblücker Arbeit für Bauhelfer schon 1930 im Reichsdurchschnitt nur 1224,36 M., für Bauhilfsarbeiter 957,01 M. Zusätzlich des Einkommens aus nebenberuflicher Arbeit, Kranken-, Arbeitslosen-, Kriegen- und Wohlfahrtsunterstützung betrug im gleichen Jahr das Gesamtdurchschnittseinkommen für Bauhelfer 1644,04 M., für Bauhilfsarbeiter 1433,59 Mark. Unter Zugrundelegung einer aus der bisherigen Durchschnittsarbeitslosigkeit dieses Jahres errechneten Beschäftigungsziffer von

134 Wochen und unter Berücksichtigung der Lohn- und Unterstützungsleistung ergibt sich voraussichtlich für 1931 folgendes Bild: Einkommen aus baugewerblicher Arbeit für Baufacharbeiter 644,45 M., für Bauhilfsarbeiter 497,50 M.; Gesamteinkommen für Baufacharbeiter 1 095,60 M., für Bauhilfsarbeiter 1 009,80 M. Diese Zahlen beleuchten aufs deutlichste die Lage, in der sich heute schon die Bauarbeiter befinden. Die Droßelungsmaßnahmen der Regierung müssen notwendig eine weitere erhebliche Verschlechterung der Lebenslage der Bauarbeiter bringen, zumal vorauszu sehen ist, daß die meisten die Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung nicht mehr erreichen und somit auf die niedrigen Sätze der Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind oder in ländlichen Gebieten zum großen Teil ohne jede Unterstützung bleiben. In dieser Lage sind die neuen Lohnabbaupläne der Unternehmer, die durch die Nichtverbindlichklärung der Lohnsätze gestützt werden, nicht verständlich. Zudem betrachten wir sie als eine große soziale und politische Gefahr.

Große Gefahren liegen für die Bauarbeiterschaft in einigen Bestimmungen des Siedlungsprogramms. Die Regierung wird sich darüber klar sein, daß es sich bei beiden Siedlungsarten nicht um eine Notstandsmaßnahme handelt, sondern um eine Daueran-

Der wahrhaft nationale Gedanke erwacht aus dem christlichen Gedanken. Wer wirklich national sein will, der muß auch danach handeln. Er muß jeden einseitigen Herrenstandpunkt fahren lassen und ganz gleich, welchen Standes er ist, in seinem Volksgenossen den gleichberechtigten Mitmenschen anerkennen.

Baltrusch im Reichstag zur „nationalen Opposition“.

fäßigung. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht zu verstehen, daß die Siedlungsarbeiten als gemeinnützig und zusätzlich im Sinne des § 139a WVG gelten sollen. Zu befürchten ist auch, daß unabhängig von der Berufseignung Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger aller Berufe zu diesen Siedlungsarbeiten verwendet werden. Weiter liegt die Gefahr der Verdrängung der Berufsarbeiter in der Bestimmung der Notverordnung, daß die Vergabe von Kleinsiedlungsstellen und Kleingärten davon abhängig gemacht werden soll, daß der Bewerber u. a. während einer gewissen Mindestzeit an der Aufschließung des Geländes oder an der Errichtung der Bauarbeiten mitgearbeitet hat. Abgesehen davon, daß die Verwendung nicht banberuflicher Arbeiter erhöhte Unfallgefahren und die Gefahr unglückseliger Arbeit in sich birgt, würde wiederum Tausenden von Bauarbeitern ihre Berufsarbeit gesperert und weiteren Kreisen ein Anreiz zum Eintritt in das Baugewerbe geboten. Die Tatsache, daß sowohl durch Notstandsarbeiten wie durch die von Regierungsseite seinerzeit verlangte Umschulung zu Baufacharbeitern eine künstliche Vermehrung der im Baugewerbe Tätigen geschaffen wurde, sollte zu denken geben.

Auf Grund dieser Darlegungen empfehlen wir der Reichsregierung die folgenden Forderungen der Bauarbeiterschaft zur Beachtung und Berücksichtigung:

I.

Zur Bekämpfung des Baugewerbes.

Die künftigen Maßnahmen der Regierung müssen in erster Linie auf die Bekämpfung der Bauwerterschaft abgestellt werden. Vor allem sind die baugewerblichen Fragen im kommenden Wirtschaftsprogramm besonders zu berücksichtigen. Die Durchführung der Bestimmungen der Notverordnung, die eine Schrumpfung der Bautätigkeit bedeuten, ist so lange anzusehen, als nicht auf andere Weise ein Ausgleich herbeigeführt ist. Im einzelnen erwarten wir:

1. Daß der für Bauzwecke bestimmte Teil der Hauszinssteuer nicht zur Finanzzwecke der Länder Verwendung findet, sondern dem städtischen Wohnungsbaun wenigstens im bisherigen Umfang erhalten bleibt.

2. Daß die Verwendung von Hauszinssteuermitteln für die gemeindliche Entschuldung nur für solche Zwecke in Frage kommen, wo ein Borgriff auf Hauszinssteuer zum Wohnungsbaun erfolgt ist. Jede weitere Verwendung für Umwandlungszwecke würde sowohl die Hauszinssteuer ihrem ursprünglichen Zweck entziehen als auch eine Prämiierung unzulässiger Finanzgebahrung sein.

3. Daß die entsprechenden Maßnahmen zur Durchführung der notwendigen Reparaturen an Altimwohnungen getroffen werden. — Es ist zu prüfen, wie weit der Prozentige Reparaturbeitrag für Altimwohnungen nutzbar gemacht werden kann. — Durch Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung ist zu veranlassen, daß der Nichtmehrbeitrag aus der Prozentigen Hauszinssteuerentlastung, der über die Zinsentlastung für Aufwertungshypotheken hinausgeht, für Reparaturarbeiten Verwendung findet.

Zu erwägen ist, inwieweit der Altimwobesitz durch teilweise Hergabe von öffentlichen Mitteln — nicht Hauszinssteuermitteln — vielleicht unrentabler, vielleicht gering verzinslich, vielleicht als verlorener Zukunft angelegt werden kann, mit diesen Mitteln in Verbindung mit dem Reparaturanteil und dem Ueberschuß aus dem

Ertrag des Hauszinssteuererlasses — für die Gesamtheit des Hausbesitzes 150 Millionen — umfangreiche Altimwobereparaturen vorzunehmen.

4. Daß im Rahmen eines umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramms von allem durch Inangriffnahme notwendiger Verkehrsbauten dem Baugewerbe Beschäftigung gesichert wird.

5. Daß die vollständige Abdrosselung der städtischen Verwaltungsbauten, die uns bei allem Verständnis für notwendige Sparmaßnahmen weit über das Ziel hinausgehen scheint, gemildert wird.

II.

Zur Hebung der Lage der Bauarbeiter.

1. Da die Lebensverhältnisse der Bauarbeiter keine weitere Verschlechterung mehr vertragen und ein Lohnabbau nach mehrfacher Erfahrung ohne Wirkung für die Anurbelung der Bautätigkeit bleibt, müssen die tarifbeteiligten baugewerblichen Arbeitgeberverbände regierungsseitig zur Tariftreue ermahnt werden. Zuschlagserteilung bei behördlichen Bauten muß von der Garantie der Innehaltung der Tarifverträge abhängig gemacht werden.

2. Bei öffentlichen Notstandsarbeiten muß dafür Sorge getragen werden, daß in erster Linie arbeitslose Bauarbeiter beschäftigt werden.

3. Für die bei den Siedlungen anfallenden Bauarbeiten sind ebenfalls in erster Linie Bauarbeiter zu berücksichtigen. Die Siedlungsnehmer müssen verpflichtet werden, solche Arbeitslose zu beschäftigen, die ihre Zugehörigkeit zum Baugewerbe in geeigneter Weise nachweisen können (bei gelernten Arbeitern ist der Ausweis durch die Berufstätigkeit gegeben, bei ungelerten Arbeitern kann eine mindestens 2wöchige Beschäftigung im Baugewerbe als Berufsnachweis gelten).

4. Die Arbeitsämter und nichtgewerblichen Arbeitsnachweise sind zu verpflichten, den Siedlungs- und öffentlichen Arbeiten von den in Frage kommenden Bauarbeitern die langfristig Erwerbslosen bevorzugt zuzuwenden.

5. Den bei Siedlungsbauten beschäftigten Arbeitern ist der Bauarbeitertariflohn zu zahlen. § 4 im Kapitel II des 4. Teiles der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 ist zu streichen. (Gemeinnützigkeitserklärung der Geländeabschließung und Bautenerstellung bei ländlichen und vorstädtischen Kleinsiedlungen.)

6. Solange die Notverordnung vom 6. Oktober 1931, 4. Teil, Kapitel II, § 4 noch in Kraft ist und der Tariflohn nicht gezahlt wird, ist im Falle der Beschäftigung außerhalb des Wohnortes den Angehörigen der Familienzuschlag der Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung zu zahlen.

Der Wirtschaftsbeirat

Die Reichsregierung hat nunmehr den vom Reichskanzler angeforderten „Wirtschaftsbeirat“ berufen. Dieser soll aus Sachverständigen bestehen, die bei neuen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik gehört werden sollen. Unter den 25 Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates befinden sich sechs Arbeitnehmervertreter, vom DGB sind es die Kollegen Otte und Dr. Jahn. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder sind Unternehmer oder Unternehmervertreter. Schon daraus ergibt sich, daß die in der Öffentlichkeit geführte Debatte über die Bildung einer Art neuen Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern am Wesen dieses Ausschusses vorbeigeht. Darin kam wohl lediglich der Wunsch gewisser Unternehmerkreise zum Ausdruck, die hoffen, man werde diesen Wirtschaftsausschuß gebrauchen können, um die Zustimmung der Arbeitnehmer auf Gebieten zu erreichen, die besonders heftig umkämpft sind.

Betrachtet man an sich die Zusammenlegung des Wirtschaftsbeirates, dann kann man der Meinung sein, daß Sozial- und Lohnpolitik gar nicht so einseitig im Vordergrund der Diskussion stehen werden. Die Berücksichtigung auch mittlerer und kleinerer Unternehmer in Verbindung mit einer Zurückdrängung der bisher dominierenden Großindustrie und der Banken läßt den Schluss zu, daß die Regierung einen Beirat haben will, der eine Aussprache über alle wirtschaftspolitischen Fragen ermöglicht.

Selbstverständlich können in diesem Ausschuß keine Mehrheitsbeschlüsse gefaßt werden. Er darf aber auch nicht zu einer Art kleinem Parlament werden, in dem man hinter den Kulissen Ruchhandel treibt. Die Hauptbedeutung des Wirtschaftsbeirates liegt darin, daß die komplizierte und die Gesamtwirtschaft stark beeinflussende Wirtschaftsgesetzgebung nicht einseitig der Bürokratie überlassen, sondern die Möglichkeit einer Vorberatung der von den Ministerien ausgearbeiteten Entwürfe ähnlich wie in den Reichstagsausschüssen geschaffen wird, natürlich mit dem Unterschied einer Ausschaltung der politischen Mehrheitsverhältnisse. Man kann auch hier nicht voraussetzen, wie sich die Arbeit des Wirtschaftsbeirates praktisch gestalten wird. Keinerlei Rückschlüsse darf man sich über die Stellungnahme der Arbeitnehmer machen, deren Mitarbeit wesentlich davon abhängt, ob ihnen durch den Wirtschaftsbeirat die Zustimmung zu untragbaren Plänen abgerungen werden soll. Wir nehmen nicht

an, daß die Autorität des Reichspräsidenten für derartige Zwecke eingesetzt wird.

Der Tätigkeit des Beirates sind bestimmte Grenzen gesetzt. Er kann nur auf solchen Gebieten wirksam werden, die irgendwie kollektive Angelegenheiten sind. Hier ist gewiß manches zu leisten. Man braucht nur an Kartellbindungen oder an erleichterte Anpassung an inwischen sichtbar gewordene Strukturwandlungen im Wirtschaftsaufbau zu denken.

Die Lohnbewegung der Bauunternehmer

Wir haben bereits in Nr. 43 der „Baugewerterschaft“ in dem Artikel „Bohrwürmer“ auf die Bestrebungen hingewiesen, die von den Unternehmern des Baugewerbes vertreten und von den maßgebenden Dezenten des Reichsarbeitsministeriums wohlwollend gebilligt werden. Man will aus einer für örtliche Schwierigkeiten vorgesehenen Protokollnotiz des § 1 des Reichstarifvertrages eine Hintertreppe zu vorzeitigen Lohnverhandlungen bauen. Dabei behauptet man mit allgemeinen Ausdrücken, weil Tatsachenmaterial im notwendigen Ausmaß nicht beizubringen ist, daß die im Frühjahr d. J. festgelegten Löhne nicht eingehalten würden. Unorganisierte Unternehmer sollen teilweise niedriger entlohnen und durch das gemeinsame aller Konkurrenzmanöver, nämlich Schmutzkonkurrenz mit niedrigeren Löhnen den tariftreuen, organisierten Unternehmern die Aufträge abjagen. Nun ist die heutige Arbeitslosigkeit so gering, daß naturgemäß allgemeiner Preisdruck erfolgt, was sich auch nicht immer mit der notwendigen Solidität der Arbeit verträgt. Hier werden aber die organisierten Unternehmer untereinander auch nicht hasenrein sein. Damit nun die organisierten Arbeitgeber mit den unorganisierten konkurrieren können, möchte man die Löhne weiter drücken. Primitivstes Schlussfolger, das man den Unternehmern doch zutrauen müßte, geht aber doch dahin, daß die so theoretisch mit der Schmutzkonkurrenz geschlagenen unorganisierten Unternehmer durch neuen Lohndruck doch immer wieder einen Vorprung in der Jagd um Aufträge erreichen können. Bei einem solchen Wege das Baugewerbe retten zu wollen, ist also bei ruhiger Ueberlegung auf längere Sicht gar nicht möglich. Daß die Bauarbeiter auch noch zum Gewerbe gehören, wird anscheinend überhaupt nicht beachtet. Um so mehr werden wir dies den Unternehmern und auch den mit dem Baufacharbeiterjahreseinkommen im Monat bezahlten Ministerialgrößen begreiflich zu machen haben.

Ein anderer Einwand geht dahin, daß Arbeiter sich zu untertariflichem Lohn anbieten. Zahlenmäßige Beweise können auch hier nicht erbracht werden. Moralische Schlussfolgerungen sind erst recht nicht daraus zu ziehen, denn aus der Not oder Kurzfristigkeit einzelner Leute auf notwendige Lohnbildung zu konstruieren, wäre eine Moral, die auch bei Unternehmern nicht üblich werden sollte. Daß der Versuch der vorzeitigen Lohnverhandlung auch Tatsachen schafft, die bei anderer Wirtschaftslage mit gleichem Recht von Arbeiterseite gefordert werden kann, müßten die Unternehmer mit etwas mehr Ueberblick über die jetzige Tageslänge hinaus auch erkennen. Tariftreue ist ein so hoher und unwägbarer Begriff, daß damit wirklich nicht leichtfertig gespielt werden darf.

Von den Unternehmern ist seither immer behauptet worden, daß die Begründung der Lohnhöhe sich aus den Preisen der Bedarfsartikel rechtfertigen müsse. Das ist im Hinblick auf die Lohnabbaubestrebungen aber nicht möglich. Man kommt deshalb mit dem kaufmännischen Begriff einer veränderten Wirtschaftsentwicklung, die eine neue Lohnregelung notwendig mache. Dabei beweist gerade der Trugschluß vom Frühjahr d. J., durch Lohnabbau Auftragsverluste zu erreichen, daß seine Wiederholung keinen Erfolg verspricht.

Diese und ähnliche Gedanken wurden den Vertretern der drei Arbeitgeberverbände, die die baugewerblichen Arbeiterorganisationen zu Verhandlungen auf Montag, den 19. Oktober, in Berlin geladen hatten, vor Augen geführt. Und da blieb ihnen die Sprache weg. Nach kurzer Sonderberatung erklärten sie das Scheitern der Verhandlung und weiter, daß sie dem Reichsarbeitsministerium darüber berichten wollten. Das von uns bereits kritisierte Reichsarbeitsministerium würde sich ein volkswirtschaftliches Verdienst erwerben, wenn es statt diese Unternehmeransichten zu dulden oder gar zu fördern, — Dinge, die in ungeschminkten Worten auf einen Tarifbruch hinauslaufen — die Zeit für Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten verwenden würde.

Die Arbeiterorganisationen haben in Erfüllung einer Höflichkeitspflicht dem Reichsarbeitsministerium in dieser Frage folgende Mitteilung gemacht: „Die von Ihnen angeregten zentralen Verhandlungen haben am 19. Okto-

Kollege!
Hast du schon den
Verbandskalender für 1932
bestellt? Er enthält für dich sehr viel Wissenswertes.
Bestelle ihn sofort bei deinem Orts-
kassierer!

ber stattgefunden. Die Arbeitervertreter haben dabei erklärt, daß die bekannte Protokollklärung zu § 1 Ziffer 6 des A.L.V. wohl für die Vereinigung etwaiger Streitigkeiten in einzelnen Orten oder Gebieten gedacht ist, aber nicht für das gesamte Reichsgebiet. Zu Verhandlungen mit dem Ziele, „die Löhne auf eine neue vertragliche Grundlage zu stellen“ besteht daher kein Anlaß.“

Unterschriften.

Inzwischen hat die Bürokratie des Reichsarbeitsministeriums sich förmlich zum Briefträger der Arbeitgeberverbände gemacht und auf schnelle Verhandlungen an zentraler Stelle hingedrängt. Das Reichsarbeitsministerium hat etwas zu verlieren, was man nicht wagen und messen kann, was aber eine besondere Bedeutung im Staatsleben hat, das Vertrauen in seine Objektivität. Wenn es zu unsern rechtlichen und sachlichen Bedenken nicht gründlicher Stellung nimmt, wie seither, dann kann es nicht erwarten, als unparteiische Stelle gewertet zu werden.

Asbestzementstriefer-Wellplatten, ein neues Bedachungsmaterial

Unter den modernen, alte Formen der Dachbedeckung immer mehr verdrängenden Mitteln, scheint ein von Ingenieur Hans Syrowy, Zürich, neu gefundenes, mehr an Wert und Bedeutung zu verdienen, als man gewöhnlich im Dachbedeckergewerbe solchen Neuerungen beimißt.

Es handelt sich um Asbestzementstrieferwellplatten, die nach neuen Methoden hergestellt werden und infolge ihrer Präzision absolut regen-, schnee-, fälte-, wind-, staub- und feuerfest sein sollen. In der Form ähneln sie dem bekannten Eisenwellblech, doch sind sie 7 Millimeter stark. Auch sind sie beim Eindecken ebenso leicht zu verlegen wie Eisenwellblech. Dem Eisenwellblech gegenüber haben sie jedoch eine Reihe Vorzüge. Eisenwellblech leidet oft an unregelmäßigen Wellungen, Wellenentfernungen, Wellenradien, und Wellenhöhen sind nicht immer gleich. Besonders beim Ueberdecken von Tafel zu Tafel tritt dies leicht unangenehm in Erscheinung. Die Folge sind dann zentimeterweite Dossungen und Fugen, die eine ungewollte Luft- und Feuchtigkeitzirkulation ermöglichen.

Diese Uebelstände kennt man bei den, nach dem sogenannten hydraulischen Preß- und Kalibrierverfahren des Ingenieurs Syrowy hergestellten Asbestzementstrieferwellplatten nicht. Dem Genannten gelang es nämlich, Stahlwellformmatrizen in vollkommener Präzision zum Formen und Schablonieren von Asbestzementstrieferplatten herzustellen. Das bisher gebräuchliche Verfahren, Asbestzementstrieferwellplatten mit gewöhnlichen Eisenwellblechplatten herzustellen, dürfte damit überholt sein. Gegenüber den bisher gebräuchlichen Platten dieser Art, deren Mängel ähnliche waren, wie die des Eisenwellblechs, sind die mit den patentierten Stahlmatrizen des Erfinders hergestellten, ein unbestreitbarer Fortschritt. Sie sind planer und infolge der Präzision ihrer Wellung völlig dicht.

Inwieweit sie allerdings die Fähigkeit besitzen, sich im Bedachungsgewerbe durchzusetzen, insbesondere, das Eisenwellblech oder andere Bedachungsmethoden zu verdrängen, oder neue Gebiete zu erobern, bleibt abzuwarten. Vermerktbar erscheinen sie vorwiegend für Scheunen, Ställe, Schuppen, Baracken und dergleichen.

H. Sch.

Gegen Unterdrückungstreiben den Kampfeswillen!

Die scharfmacherischen gewerkschaftsfeindlichen Kreise hatten ihre Zeit wieder einmal für gekommen. Die sogenannten „Wirtschaftsverbände“ machen Vorschläge, wie die deutsche Wirtschaft gerettet werden soll, alles alte Bekannte. Forderungen, denen man ein nationalpolitisches Mäntelchen umhängt, hinter denen aber der traffe Egoismus und die Profitgier verborgen ist. Man glaubt die Zeit der großen wirtschaftlichen Not, die die Arbeitnehmerschaft am schwersten trifft, für geeignet, nun wieder einmal die deutsche Öffentlichkeit mit klumigen Rezepten für die sozialreaktionären Gedankengänge zu gewinnen.

In der Unternehmer-Zeitschrift wird verlangt: Steuerentlastung, Befreiung des Grundbesitzes von der Hauszinssteuer, und dann schreibt man in großen Lettern: Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wirtschaftsverhältnisse, Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, Vereinfachung der Sozialversicherung. Richtig lesen muß man: „Abbau der Löhne auf die Höhe der „guten alten Zeit“. Um den Abbau der Löhne auszugleichen, will man den Arbeitern großzügig gestatten, zehn bis zwölf Stunden zu arbeiten. Weil diesen Forderungen der Arbeitgeber unser Tarif- und Schlichtungsweisen im Wege steht, verlangt man „Reform“ desselben, und meint natürlich Beseitigung unseres gesamten Tarifrechts. Den Vorschlag, Vereinfachung der Verwaltung in der Sozialversicherung muß man richtig lesen: „Abbau der Sozialversicherung auf ein Maß, daß

Am 31. Oktober 1931 ist der vierundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

sie als Sozialversicherung nicht mehr angesprochen werden kann.“ Es ist schon lange der Wunsch gewisser Arbeitgeberkreise, die Versicherungsbeiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung den Arbeitern ganz zu überbürden.

Diese Forderungen werden in einer Zeit erhoben, wo die Wirtschaftslage einen großen Teil der deutschen Arbeiterschaft in bitterste Not gebracht und dadurch widerstandsschwächer gemacht hat. Gegen die Unabdingbarkeit der Tarifverträge wird schon lange Sturm gelaufen. Man möchte frei sein von allen Bindungen und nach Willkür den in Not lebenden Arbeiter behandeln. Teilweise versuchen das die Unternehmer schon weitgehendst. Die Anträge auf Neufestsetzung der im Frühjahr abgeschlossenen Löhne seitens der Arbeitgeber sind genügender Beweis. Weiter spekuliert man darauf, die Gewerkschaften, das einzige Machtinstrument der deutschen Arbeiterschaft, finanziell derartig schwach zu sehen, daß sie aktionsunfähig sind.

Die Arbeitgeber übersehen allerdings ein ganz wichtiges Moment. Sie unterschätzen den Kampf- und Abwehrwillen der deutschen Arbeiterschaft. Wir als christliche Bauarbeiter haben schon längst erkannt, daß in der Stärke der Gewerkschaften die Macht des arbeitenden Volkes liegt, und daß wir ohne die Macht der Gewerkschaften in dem überspannten kapitalistischen Wirtschaftssystem zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein würden. Die Forderungen der Arbeitgeber, die an Brutalität alles bisher Dagewesene übertreffen, müssen uns zu einer Kampfgemeinschaft zusammenschließen, deren Abwehrwille auch zu den äußersten Opfern bereit ist. Der Glaube an die Sieghaftigkeit unserer Abwehr gibt uns die Kraft, trotz größter Not auch noch Opfer zu bringen. Opfer, die uns die Freiheit der deutschen Arbeiterschaft erhalten und die uns die Möglichkeit geben sollen, unberechtigte Forderungen zurückzuweisen. Den unsozialen Machtwillen zu brechen, muß unsere größte Aufgabe sein, wenn wir nicht um 50 Jahre zurückgeworfen werden wollen. In diesem Sinne haben wir die an uns gestellten Opferforderungen zu werten. Auf das Vertrauen zwischen Mitgliedschaft und Führung kommt es zu keiner Zeit mehr an wie in einer Notzeit. Nichts ist unverständlicher und zweckloser, wie in Notzeiten mit Maßstäben normaler Zeiten Opferforderungen abtun zu wollen. Daß Opfer schwer sind, weiß in der Regel der Führer am besten, weil er die Not am umfanglichsten sieht. Aber gerade um sie zu bannen, muß ja das Opfer gebracht werden. Aufrechterhaltung unserer Einrichtungen lohnt sich aber auch rein materiell. In den neun Monaten dieses Jahres sind mehr wie 20 000 RM. innerhalb des Bezirks Berlin an rückständigen Löhnen für unsere Kollegen durch die Tätigkeit der Angestellten auf dem Klage- oder Verhandlungswege herausgeholt worden. Eine Summe, die Beachtung verdient. Einzelne Kollegen haben Beträge erhalten, die weit über 300 RM. lagen. Doch auch ein Beweis, daß es Arbeitgeber versuchen, unseren Kollegen den ihnen zustehenden Lohn vorzuenthalten und daß ihnen das zu 90 Prozent gelungen wäre, wenn keine Organisation vorhanden wäre. Hier gibt auch der Selbsterhaltungstrieb den entsprechenden Fingerzeig.

Gegen Unterdrückungstreiben den Kampfeswillen! Dieser setzt den Opferwillen im Einzelfall voraus. Zum Wort die Tat! J. S.

Karl Knope †

Unser Mitglied, Kollege Karl Knope, der 11 Jahre als Angestellter der Lokalverwaltung Münster tätig war, ist am Mittwoch, den 21. Oktober, morgens 3 1/2 Uhr gestorben. In ihm verliert die Verwaltungsstelle Münster einen ihrer Gründer und eines der treuesten Mitglieder unseres Verbandes. Kollege Knope hat in seiner 11jährigen Tätigkeit als Angestellter der Verwaltungsstelle Münster nicht nur die Kassengeschäfte mit größter Ehrlichkeit und Pünktlichkeit geführt, sondern er gab auch im Dienste des Verbandes alles her, was an Energie und Fähigkeiten in ihm lag.

Als der Krieg die Mitgliederzahl unseres Verbandes ganz erheblich heruntersetzte, und die Konsumgenossenschaft Eintracht, die aus unserer Bewegung hervorgegangen ist, ins Leben trat, teilte Kollege Knope seine Arbeit auf, dahingehend, daß er zeitweise bei der Konsumgenossenschaft und zeitweise für den Verband tätig war. 1917 wurde er von der Konsumgenossenschaft als Geschäftsführer angestellt und war dort bis kurz vor seinem Tode erfolgreich tätig. Gleichzeitig hat er sich auch um den Bauverein der Stadt Münster, der vorwiegend aus Mitgliedern unseres Verbandes besteht, gute Verdienste erworben. Ebenfalls war er zunächst 2. Vorsitzender der Ortskrankenkasse für das Baugewerbe und später, als diese Kasse in die allgemeine Ortskrankenkasse ausging, deren Vorsitzender Mitglied. Sein Andenken steht bei uns in hohen Ehren!

Die Auswirkungen der Depression in Deutschland



Ein Land mit hochentwickelter Industrie kann seine Arbeiter nur beschäftigen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, für seine Industrieprodukte Käufer zu finden, die ihrerseits den Industriearbeitern die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel liefern können. Nur ein Reichenland wie die Vereinigten Staaten könnte vielleicht durch den Ausgleich von Industrieprodukten und Rohstoffen bzw. Lebensmitteln im eigenen Lande ohne eine bedeutende Ausfuhr auskommen. Aus diesen Überlegungen erklärt sich zum Teil die Tatsache, daß die deutsche Wirtschaftskrise so langdauernd ist. Wie sie sich in dem deutschen Volke auswirkt, zeigt das Schaubild, aus dem man erkennt, daß die Produktion um ein Drittel seit 1928 zurückging. Dementsprechend ging auch der Verbrauch an Bekleidung und Lebensmitteln zurück. Der deutsche Arbeiter verdiente eben weniger, konnte also weniger kaufen. Automatisch ging die Einfuhr zurück, und da nun die Abnehmer unserer Industriewaren keine Mark mehr erhielten, da wir nicht mehr kaufen konnten, so konnten sie nicht mehr in Deutschland kaufen. Dadurch ging also wiederum die Ausfuhr, damit die Produktion zurück, und diese Kette ohne Ende droht das deutsche Volk und mit ihm ganz Europa zu erwürgen.

Rundschau

Sinkende Volkskraft

Die Lebenskraft eines Volkes offenbart sich in seinem Geburtenreichtum. Wie weit in Deutschland schon die Angst vor dem Leben weitergefressen hat, davon zeugt die Tatsache, daß im ersten Vierteljahr 1931 nur mehr 17,2 Kinder auf 1000 Einwohner geboren wurden gegenüber noch 18,4 bzw. 18,7 in den vorhergehenden Jahren und 27,2 im Jahre 1913. Daß die Zahl der Geburten noch weiter zurückgeht, ergibt man schon aus der stark verminderten Zahl der Eheschließungen. Die einzigen Gebiete, die eine Geburtenzunahme zu verzeichnen haben, sind Ostpreußen und Oldenburg, wie denn überhaupt die Landbevölkerung noch immer die meisten Kinder hat. Auch aus diesem Grunde ist eine vermehrte Rückführung der in ihrer Existenz immer stärker gefährdeten Großstadtbewölkerung aufs Land eine zwingende Pflicht nationaler Selbsterhaltung. In den Großstädten betrug die Geburtenzahl nur mehr 12,2 auf 1000 Einwohner, in Hamburg 12,5, in Stuttgart 12,4, in Dresden 12, in Frankfurt a. M. 11,9 und in Berlin 9,9. In sieben Städten, nämlich in Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Dresden und Altona sind die Sterbefälle höher als die Geburten.

Tarifnachrichten

Die tarifstreuen Bauunternehmer

Bis zum September dieses Jahres haben die Arbeitgeber des Baugewerkes hinsichtlich des „hohen Lohnes“ keine Schmerzen verspürt. Nur in Bayern wurden in Hinblick auf die behördlichen Regiebetriebe und um für die im Frühjahr gegenüber den Gewerkschaften aufgetragenen Behauptungen eine gewisse Scheinberechtigung zu erlangen, ein zöger Versuch unternommen, an einigen Orten die Lohnhöhe zu kritisieren. Die in den drei Arbeitgeberverbänden organisierten Unternehmer sind ansehnlich im Nachkommer durch die industriellen Arbeitgeberorganisationen verpflichtet worden, nun auch in Lohnabbauvorstößen zu machen. Die eigenartige Unterstützung dieser Bestrebungen durch das Reichsarbeitsministerium ist von uns bereits gekennzeichnet worden.

Im Laufe der letzten Wochen haben eine Reihe von Arbeitgeberverbänden die bezirklichen Arbeitertarifträger zu neuen Lohnverhandlungen eingeladen. In einer ganzen Anzahl von Fällen haben unsere Vertreter Verhandlungen über Dinge, die praktisch nicht bestehen, Unterentlohnung ufm. — als mit dem Tarifvertrag nicht in

Einflang stehend, abgelehnt. In andern Bezirken sind Ausdrücke entgegengenommen, dann aber in gleicher Weise der sachliche und rechtliche Standpunkt herausgestellt. Von Interesse war, welche geradezu eigenartigen Ansichten die Arbeitgeberverbände über tarifliche Rechtsbegriffe, über Vertragsmoral, dann aber insbesondere über die Wertung der Arbeitsleistung haben. Daß sie die soziale Seite des Lohnes überhaupt nicht würdigen, daß ihre Lohnangebote beinahe auf eine indirekte Aufforderung zum Betteln oder Diebstahl hinauslaufen, um den allerbescheidensten Lebensbedarf decken zu können, wird wohl gar nicht beachtet. Soviel ist sicher, daß das jetzige Vorgehen der Arbeitgeber in den Annalen der deutschen Sozialgeschichte seinen besonderen Platz finden wird, und daß zu entsprechenden Zeiten Schlußfolgerungen kommen müssen, die alles andere als friedlich sein können.

Ostpreußen.

Hier wird nicht nur ein Abbau der Löhne bis zu 33 Prozent verlangt, sondern es sollen auch eine ganze Anzahl weiterer Tarifbestimmungen so gedehnt und gestreckt werden, daß zum mindesten rechtliche Unbestimmtheiten herauskommen. Das Lohngebiet 1 soll verengt werden, dem Lohngebiet 2 sollen nur die freisprengenden Städte mit ihrer nächsten Umgebung, dem Lohngebiet 3 alle anderen Orte des Vertragsgebietes zugehören. Der Facharbeiterlohn soll je nach Vertragsgebiet 90, 76 bzw. 63 Pfg. betragen. Ein erst kürzlich vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß festgelegter Vertrag für ungelernete Arbeiter einer anderen Gruppe sieht Löhne vor, die auch in Würdigung der angebl. veränderten Verhältnisse wesentlich höher liegen wie die von den Unternehmern gewünschten Löhne für Facharbeit.

Brandenburg und Grenzmark.

Hier lauten die Arbeitgeberanträge auf Lohnabbau zwischen 21 und 25 Prozent. Begründet werden diese Forderungen mit der abgelehnten Allgemeinverbindlichkeit, der Schmutzkonzurrenz unorganisierter Unternehmer u. a. Allgemeinplätzen.

Schlesien.

Die von den Unternehmern geforderten Verhandlungen sollen am 26., 27. und 30. Oktober stattfinden. Sie sollen Angleich an die wirklich gezahlten Löhne. Die Tariflöhne würden in den ländlichen Gebieten teilweise 20 bis 40 Prozent unterboten. Man achte auf die einschränkende Worte „ländlich“ und „teilweise“ und auf die daraus konstruierte allgemeine Abbauforderung.

Westdeutschland.

Im Vertragsgebiet Westdeutschland, wo die Lohnwütige Schwerindustrie am nächsten liegt, hat man am 16. Oktober in Eilen den Arbeiterorganisationen seine Lohnpolitischen Ansichten vorgetragen. Zunächst wurde ohne Beweis behauptet, daß im gesamten Vertragsgebiet untertariflich gearbeitet würde. Als der Beweis hierfür gefordert wurde, hießte man sehr wesentlich zurück und wollte mehr ländliche Gebiete im östlichen Westfalen und im Münsterland verstanden wissen. Unsere Kollegen empfahlen den Unternehmernvertretern namentliche Benennung der untertariflich zahlenden, unorganisierten Firmen, damit wir diese vor den staatlichen Schlichtungsausschuß zitieren könnten. Unser konkreter Vorschlag kam ihnen, die vorher über Schmutzkonzurrenz geklagt hatten, nun gar nicht gelegen, und sie verlangten in weinerlicher Ton eine Erklärung, ob wir zu allgemeinen Verhandlungen über die Lohngestaltung bereit seien. Diese Erklärung haben sie in einem Sinne bekommen, wie sie nicht erwartet wurde.

Osnabrück.

Im Osnabrücker Gebiet, das zum Vertragsgebiet Nord-Westdeutschland gehört, waren die Lamentationen der Unternehmer über Schmutzkonzurrenz der unorganisierten Firmen besonders groß. Feststellungen ergaben eine außerordentlich geringe Zahl von Fällen, die für die Beeinflussung der Bauwirtschaft auf keinen Fall von Bedeutung sind. Die Gewerkschaften zitierten 101 Firmen vor den staatlichen Schlichtungsausschuß, und dieser sollte am 12. Oktober einen Spruch, der die unorganisierten Firmen zur Zahlung des Tariflohnes verpflichtet. Die innerhalb 8 Tagen abzugebende Erklärung steht von noch nicht allen Firmen fest. Hier war also ein Beispiel gegeben, wie mit ehrlichem Tarifwillen ehrliche Versuche zur Unterbindung der Schmutzkonzurrenz gemacht wurden und wie die unehrliche Form der Lohnlumpereien nicht nachgehakt zu werden braucht.

Rheinland.

Das Vertragsgebiet Rheinland hatte seinen Gedanktag für die Tariffrage der Unternehmer am 19. Oktober. Sie forderten allgemein einen Lohnabbau, ohne direkt Zahlen zu nennen. Sie erhielten nach der rechtlichen und sachlichen Seite die entsprechende Antwort. Ergebnis: Die Gewerkschaften betrachteten die Tariffrage als einen Artikel, der witterungsbedingend sein muß.

Frankfurt a. M.

Der mitteldeutsche Arbeitgeberverband will, damit die Unternehmer nicht vollständig ruiniert werden, die Gehaltssteuern senken. Da sind die Löhne das erste. Die Konzepte einiger unorganisierter Firmen sollen ihnen Beispiel sein. Ein größerer Lohnabbau soll das Rettungsmittel sein, damit sie wieder heile Strümpfe bekommen. Unsere Ansicht braucht nicht eigens dargelegt zu werden. Es genügt, darauf zu verweisen, daß trotz Bindung an den Tariflohn bei einer Subvention für den Bau des Arbeitsamtes Frankfurt a. M. bei gleichen Lohnunterlagen Preisangebote zwischen 14000 und 211000 RM abgegeben wurden. Wer will hier verdienen? Wer will hier sterben? Wer kann nicht rechnen? Und wer will da beweisen, daß der Lohn der Stein des Anstoßes ist?

Baden.

Der Arbeitgeberverband hat den Antrag unterbreitet, den Fortschrittslohn mit 30 Prozent Aufschlag als Grundlage zu nehmen und das Lohnabkommen bis zum 31. Dezember zu befristen. Die Erklärung der Gewerkschaften geht dahin, daß sie die Protokollnotiz zu § 1 des AAB.

die die Unternehmer als rechtliche Handhabe mißbrauchen möchten, für diesen Zweck nicht anerkennen können. Sie betrachten die Zuständigkeit des Bezirksarbeitsamtes nicht für gegeben.

Wiesbaden.

Für das Vertragsgebiet Wiesbaden geht die Unternehmerforderung auf einen Spitzenlohn der Facharbeiter mit 70 Pfg. hinaus. Dazu sollen einige Gebiete in niedrigere Ortsklassen gedrückt werden. Eine rechtliche und sachliche Begründung ist für so etwas nicht möglich.

Aus dem Verbandsleben

Herbst- und Winterarbeit in den Jugendgruppen der Verwaltungsstelle Gladbeck.

Am 18. Oktober fand in Gladbeck eine Konferenz aller Jugendgruppenvorstände unserer Verwaltungsstelle statt. Kollege Einig gab einen ausführlichen Bericht über den Stand der Jugendbewegung. Leider habe sich die katastrophale Arbeitslosigkeit auch bei unseren Jugendlichen sehr unheilvoll ausgewirkt. Seien doch kaum noch 15 Prozent aller Lehrlinge und Jugendlichen in Arbeit. Daher sei es erst recht notwendig, im Herbst und Winter durch Unterrichtskurse und Schulungsabende die sachlichen und gewerkschaftlichen Kenntnisse unserer Jungmänner aufzufrischen und zu vertiefen. In Anlehnung an die Anregungen des Reichsjugendleiters schlug er einen Winterplan vor, der einmütige Billigung fand. Besondere Wünsche wurden hierbei weitgehendst berücksichtigt. Im einzelnen wurde sodann folgendes beschlossen:

Die Jugendgruppe Buer beginnt am 4. November die Schulungsarbeit. Jeden Mittwoch ist Zusammenkunft, der Sekretär wird alle 14 Tage kurze Vorträge über gewerkschaftliche, soziale, wirtschaftliche und staatsbürgerliche Probleme halten. Diese werden eifrig diskutiert, bis alle Fragen klar sind. An den Zwischentagen wird Unterhaltung, Spiel und Gesang gepflegt. Außerdem soll versucht werden, eine praktische Lehrstätte, evtl. unter Unterstützung des Arbeitsamtes Buer einzurichten. Für die Jugendgruppe Gladbeck beginnen die Jugendabende am 6. November. Der Schulungsplan wird sich in derselben Weise abwickeln wie in Buer. Dasselbe gilt bezüglich der praktischen Schulung durch die Einrichtung einer Lehrstätte.

Am 12. November wird die Jugendgruppe Bottrop im neuen Glüd-Auf-Saal des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter mit ihrer Winterarbeit beginnen. Auch hier ist Vorjorge getroffen, daß sich das Programm wie in Buer und Gladbeck abwickelt. Die Lehrlinge und Jugendlichen von Westerholt sollen an den Zusammenkünften der Jugendgruppe Buer teilnehmen. Die Jungmänner der Ortsgruppen Horst, Kirchhellen und Dorsten werden verpflichtet, mindestens ein bis zweimal im Monat sich an der Schulungsarbeit in Gladbeck zu beteiligen. Eine größere Jugendtagung ist im Februar 1932 für die ganze Verwaltungsstelle geplant.

Ihr Jungmänner der Verwaltungsstelle Gladbeck! An euch liegt es, durch pünktliches und regelmäßiges Besuch aller Veranstaltungen das notwendige Wissen und Können für die praktische Alltagsarbeit im Beruf und in der Gewerkschaft zu erwerben. Die Verbandsleitung und die Jugendgruppenvorstände, unterstützt durch die älteren Kollegen und Oblente Merz in Buer, Rolle und Hoge in Gladbeck, Demme und Mildschus in Bottrop, sowie Faust in Westerholt, Schneider in Horst-E und Logermann in Dorsten, wie auch Diekmann in Kirchhellen, werden ihre ganze Kraft in den Dienst der guten Sache stellen. Deshalb auf zur Winterarbeit, zu eurem und unseres Verbandes Segen und Nutzen.

Niederbrecken: Hier fand am Sonntag, dem 11. Oktober, eine große Kundgebung der christlichen Gewerkschaften statt, die überwiegend von den Bauarbeitern des Goldenen Grundes besucht war. Die Kollegen Klug, Frankfurt, und Sieben, Limburg, nahmen in längerer Ausführungen zur gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage Stellung. Vor der Kundgebung fand durch die Gewerkschaftsjugend Limburg und ihrem Trommler- und Pfeifertorps, sowie der Jugendgruppe unseres Verbandes ein vielbeachteter Werbezug durch Niederbrecken statt. In der Versammlung berichtete Kollege Sieben über die trostlose Lage des heimischen Abwanderungsgebietes und die Bemühungen, hier Abhilfe zu schaffen. Die Versammlung war einmütig der Auffassung, und es kam ganz besonders durch die Diskussionsredner zum Ausdruck, daß gerade wegen der Schwere der Zeit stärkste Unterstützung der Organisationen notwendig sei, nachdem alle sozialreaktionären Kräfte (lies auch nationale Opposition) sich zum Kampf gegen die Gewerkschaften und die soziale Befreiungsbewegung zusammengeschlossen haben.

Bücherschau

Ein Buchlein für junge Leute vom Bau.

Hier langgehegter Wunsch ist nun Wirklichkeit geworden. Der Verband hat nämlich das erste Buchlein für die jungen Mitglieder herausgegeben. Dasselbe enthält viel Wissenswertes über die Bauweise, vorwiegend die des Bauers. Deshalb ist es auch in erster Linie für unsere Bauernlehrlinge gedacht. Doch auch für alle andern am Bau tätigen Lehrlinge bringt es notwendiges Allgemeinwissen. Selbst dem jungen Bauern und Hilfsarbeiter hat kein Jahrbuch manchen zu sagen. Für die Jungmänner unserer Jugendgruppen werden die einzelnen Abteilungen des Buchleins einen guten Unterrichtsstoff abgeben. Der Inhalt gliedert sich folgendermaßen: I. Fingel und andere familiäre Sitten und deren Abkunft. II. Das Reichliche über den Markt. III. Gewehre und Jernutensilien. IV. Die Welt der Kallisten für die Bauarbeiter. V. Jernutensilien. VI. Märkte und Selbsterziehung. VII. Kalligraphie. VIII. Gestaltung der Bauwerke gegen Zutritt von Feuchtigkeit. IX. Vermeidung des Betrugs und seine Eigenheiten. Das Buchlein, das eine sehr schöne Ausstattung in Leinwandformat hat, ist 28 Seiten stark und kostet nur 30 Pf. Dieser Preis ist auch in der letzten kürzesten Zeit für die Selbstverwirklichung und Erhellung. Jeder Bauarbeiter, das Buchlein ist auf den Verbandsschreibstücken und bei der Hauptgeschäftsstelle erhältlich.

Sterbetafel
 Am 10. Okt. verstarb plötzlich infolge Herzschlag unser Mitglied der Maschinist Ernst Urbanek im Alter von 49 Jahren.
 Am 14. Oktober verstarb im Alter von 18 Jahren unser Mitglied der Maurer Werner Trzewit.
 Am 18. Oktober verstarb unser treuer Kollege Heinrich Klapperoth im Alter von 62 Jahren an Magenleiden. Er war stets ein braves und treues Mitglied unseres Verbandes.
 Verwaltungsstelle Fahrbach, Ortsgruppe Brochhausen.
 Ehre ihrem Andenken!

Ein guter Freund in schlechten Zeiten soll Ihnen der neue Herbst-Winterkatalog sein. Welch eine Freude, sich durch eine riesige - schier unerschöpfliche Auswahl durchzublättern - und dann auszuwählen - für den Vater - für die Mutter - für die Kinder. Doch der Katalog erweckt nicht nur Wünsche, er läßt sie auch in Erfüllung gehen. Denn es sind Preise eingeleitet worden, die jedem erträglich, im Winter warme, mollige Herbst-Wäsche zu tragen: schöne Oberhemden, Strawatten, praktische Berufskleidung, ja alles, was Sie so nötig brauchen. Schreiben Sie noch heute an Hermanns & Froitzheim, Frankfurt am Main. Der Katalog geht Ihnen umsonst und postfrei zu.

Karl's Kaffee und Kelle
 von Arthur Capelle
 Berlin, N.S. 4
 Alle Schönhauser Str. 37
 Preis gratis - 2 Gesch. Dürckstr. 2

Vollständig Kostenlos
 den neuen farbigen Pracht-Katalog mit vielen überraschend günstigen Kauf-Gelegenheiten, wie z. B. Beispiel:
 Herrenarbeitsstiefel naturbraun Spaltst. 4.90
 Sie sparen! Bitte schreiben Sie gleich!

Deutsch - Amerik. Schuhgesellschaft
 München P 12 m. b. H. Rosenstr. 11

Ca. 1600 Hefco-Artikel
 enthält unser neuer Winterkatalog. U. a. schöne - warme - gutanliegende Unterwäsche für Damen und Herren - alles, was Sie nötig brauchen, kaufen Sie zu unerreicht kleinen Preisen.

- 238 Herren-Unterhosen, prima wollgemischt, gemante Normhosen, Bue - 95
- 246 Herren-Futterhosen, kräftige Trikotdecke mit warmem Futter, grau, Bundweite 90-102 cm. - 175
- 21 Einsatzhemden, weiß, helbs. Trikot, waschechte Einsätze, Halsweite 34-42 M. 195
- 220 Normalhemden mit Doppelbrust, ohne Einsatz, wollgemischte Winterware, Halsweite 34-41 - 275
- 271 Herren-Unterjacken, wollgem. Winterware mit langem Arm, Größe 4-6 M. - 95
- W78 Stricksocken, reine Wolle, mittelstark, ground kamelhaarfarbig, Schuhgröße angegeben - 85
- N18 Herren-Pulllover, ohne Krag, farbgewirkt, isoliert, 2 Tsch., Gr. 4-6 M. 275

Versand gegen Nachnahme von Mark 15,- an portofrei. Garantie, Umtausch oder Geld zurück.

Kaufen Sie nach dem neuen Hefco-Katalog
 Sie sparen, weil Sie aus erster Quelle beziehen werden. - Über 100 000 Kunden kaufen bei uns. Katalog gratis.
HERMANNS & FROITZHEIM
 FRANKFURT a. M. 35

Bauarbeiterhosen
 echt schwarz, III-Draht-Leder, 12er Schuß- und Ledertaschen, M. 11,50, dieselbe Weste M. 5,80, ders. Stoff, 68 cm breit, 4 Meter M. 3,30, Sorte 2: echt schwarz M. 8,-, dies. Weste M. 4,50, ders. Stoff, 68 cm breit, 4 Meter M. 2,40, 3 Sorte: M. 6,- Manchesterhosen: 1. Sorte: schwarz, sowie jede andere Farbe M. 15,-, ders. Stoff, 68 cm breit, 4 Meter M. 4,50, 2. Sorte: M. 11,50, der gl. Stoff, 65 cm breit, 4 Meter M. 3,50, 3. Sorte: M. 10,-, ders. Stoff M. 2,70 Drellhosen: in schwarz, blau grau a weiß a Steck M. 4,50 Dachdeckerhosen M. Lederbesatz a Paar M. 1,40, Kletterschuhe a Paar M. 1,75, Dachdeckerhose, braun, a Paar M. 0,95, vers. nach Maß bei Bestellung von M. 20,- an porto- und spesenfrei ins Haus - Preisliste freit
 Spezialfabrik für Berufsbekleidung,
 Emil Hohlfeldt, Dresden-N., Ritterstr. 2.

Geschenke billig
 Weihnachts-Katalog gratis
 Sigurd Gesellschaft
 Kassel 51